

# Revolution im kommunalen Rechnungswesen

## Salzgitter verabschiedet sich von der Kameralistik - Bürgermeister informieren sich über doppelte kaufmännische Buchführung

von Gerhard Haase

Salzgitter - Die öffentliche Verwaltung ist im Umbruch, und zu einem nicht geringen Teil hat dies seine Ursache in der Finanzkrise der öffentlichen Hand. Im Ergebnis hat das auf Seiten der Bürger auch zu einer ökonomischen Betrachtungsweise geführt. Der Steuerzahler möchte nachvollziehen können, ob seine Abgaben effizient eingesetzt werden. Vielerorts aber wird das noch immer durch die Kameralistik verhindert - durch jenes Relikt eines kommunalen Rechnungswesens aus längst vergangener Zeit.

Denn diese Art der Buchführung gibt noch nicht einmal Auskunft, welche realen Kosten beim Ausstellen eines Personalausweises entstehen - geschweige denn darüber, welches Vermögen in Form von Immobilien, Straßen und ähnlichem in der Gemeinde tatsächlich vorhanden ist. Finanzexperten schwören daher auf die doppelte kaufmännische Buchführung (Doppik), die anders als das kamerale System nicht allein auf das Geld einer Kommune fixiert ist, sondern eine umfassende Beurteilung der Finanz-, Ertrags- und Vermögenslage ermöglicht. Zum kommunalen Vermögen zählen immense Werte wie U-Bahn-Systeme, Flughäfen, Straßen, Friedhöfe, Eigenbetriebe, Grundstücke und Gebäude. Wahres Kapital, das zu viele Kommunen ungenutzt lassen.

Das war bislang politisch aber auch nicht durchsetzbar, weil dies nicht nur einen Systemwechsel in der kommunalen Buchführung, sondern auch den Umbau der gesamten Verwaltung nach sich gezogen hätte. Und nun hatten Ratsmitglieder vielerorts Sorge, dass ihnen Kompetenzen entzogen würden. Dabei ist das Gegenteil richtig. Eine kaufmännische Bilanz würde darlegen, welcher Saldo sich aus dem Vermögen und dem gesamten Fremdkapital ergibt. Damit würden die Räte für ihre politischen Entscheidungen wertvolle Informationen in die Hand bekommen, die ihnen derzeit vielfach noch fehlen. In Salzgitter wird seit einem Jahr im Doppiksinne gewirtschaftet. Jetzt hatte der Stadtrat von Salzgitter, Ekkehard Grunwald, unter dem Motto "Salzgitter wegweisend" zum "1. Doppik-Tag" ins Gästehaus der Salzgitter AG eingeladen, um für das neue Rechnungswesen zu werben. Aus ganz Deutschland kamen 272 Bürgermeister, Oberbürgermeister, Stadtkämmerer und kommunale Finanzbeamte, um sich zu informieren.

"Ein Interesse, welches in diesem Ausmaß noch vor wenigen Jahren undenkbar gewesen wäre", urteilte Edmund Fischer - Vorstandsmitglied der "Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung", der in seinem Referat appellierte: "Geldverbrauchsdenken muss überwunden werden. An seine Stelle muss eine Betrachtung treten, die über den Augenblick hinausweist." Dies sei dann auch ein kommunaler Beitrag zu einer "intergenerativen Gerechtigkeit".

Der Blick auf die Tagesordnung machte die Komplexität der angestrebten Reform deutlich. Amts- und Sachgebietsleiter referierten über "Erfassung und Bewertung von Immobilien" und "Rückstellungen für Pensionen", freie Wirtschaftsprüfer informierten über die Besonderheiten beim "Erstellen einer kommunalen Eröffnungsbilanz". Allesamt Faktoren, ohne die man in den deutschen Rathäusern bislang auszukommen glaubten. Damit steht man europaweit weit gehend allein, wie der Tagungsteilnehmer durch das Referat "Internationale Rechnungslegungsstandards für öffentliche Verwaltungen" erfährt.

Die Konferenzteilnehmer bekamen schnell einen Überblick darüber, dass es bei der Einführung der doppelten Buchführung nicht mit einer Gewinn- und Verlust-Rechnung getan ist. Und eine Unterscheidung zwischen "Verwaltungsvermögen" und "realisierbarem Vermögen" (also jenem, welches zu Geld gemacht werden kann) wollte Grunwald ohnehin nicht akzeptieren. "Dies ist einer der Punkte, die unser Modell von dem der Stadt Uelzen unterscheidet", bekennt er und entwirft im Hintergrundgespräch mit der WELT eine Vision künftiger Einnahmen. "Wer sagt denn, dass ein

Schulgebäude oder unser Rathaus kein realisierbares Vermögen ist. Wir könnten es verkaufen und anschließend leasen", entwirft er eine Vorstellung, die andernorts durchaus schon praktiziert wird. Außerdem lasse sich in der Kameralistik die Folge von Einsparungen gar nicht dokumentieren. "Rein rechnerisch spart man zunächst natürlich Geld, wenn man beispielsweise Instandhaltungsmaßnahmen von Straßen auf das nächste Jahr verschiebt. Nur ist es dann unter Umständen teurer, als wenn man es gleich repariert hätte." Solche für jedermann nachvollziehbaren Beispiele beherrschten auch die Diskussionen der Konferenzteilnehmer in den Pausen, und mancher stellte die Frage, warum sich der Doppik-Gedanke so schwer durchsetze.

Man war sich einig. Die Antwort darauf liege wohl in den Verwaltungen selbst. Die Fähigkeit, das Anlagevermögen einer Kommune zu taxieren, sei nicht jedem Verwaltungsangestellten gegeben, der bisher nur die Einnahmen- und Ausgabenbücher führe. Personal müsse geschult und bei Einstellungen auf entsprechende Qualifizierungen geachtet werden. Ferner müsse eine Software entwickelt werden, die einerseits die kaufmännische Buchführung ermögliche und andererseits die kommunalen Besonderheiten berücksichtige. Denn im Gegensatz zum erklärten Ziel eines Wirtschaftsunternehmens sei es einer Kommune nicht erlaubt, Gewinne zu erzielen. Vielmehr stehe die Bedarfsdeckung und die Daseinsvorsorge für die Bürger im Zentrum kommunalen Handelns.

Zudem habe die Planung einen viel höheren Stellenwert, weil an ihr das Budgetrecht des Rates anknüpfe. Kurzum: Verwaltungsumbau, Qualifizierung und Softwareentwicklung werden den Städten und Gemeinden bereits Geld kosten, ehe sie über die eigene Vermögenssituation überhaupt hinreichend informiert sein werden, lautet das Fazit.

Artikel erschienen am 4. Nov 2003